



Politische Bildung ist seit Jahrzehnten in den Stundentafeln für viele Ausbildungsberufe und an den meisten Fachschulen, an Berufsschulen und Berufskollegs fest verankert. Und dennoch führt sie all zu oft ein Schattendasein. In das öffentliche Blickfeld gerät die politische Bildung im berufsbildenden Bereich meist nur dann, wenn Forderungen laut werden, das Unterrichtsfach aus den Stundentafeln zu streichen, um den zweiten Berufsschultag abzuschaffen.

Politische Bildung an Berufsschulen birgt jedoch ein erhebliches politikdidaktisches und pädagogisches Potential für die Lernenden. Beim Übergang in die Arbeitswelt ist der Politikunterricht ein Ort der Reflexion und der Vermittlung gesellschaftlichen Orientierungswissens. Erfahrungen in der Arbeitswelt können im Politikunterricht mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Inhalte aufgearbeitet, reflektiert und eingeordnet werden.

Die Berufswahl und der Übergang in den Beruf ist oft eine biographisch sensible Phase. Die Lernenden werden mit einer Vielzahl neuer Eindrücke konfrontiert und müssen neuen sozialen Rollen (Berufsrolle, Partnerrolle, Wählerrolle) und entsprechenden Rollenerwartungen gerecht werden. Empirisch ist mittlerweile durch verschiedene politische Sozialisationsstudien das steigende politische Interesse von Lernenden in der Berufsübergangsphase gut belegt. Das ist zum einen entwicklungspsychologisch begründet, zum anderen reagieren die Lernenden aber auch auf die Erfahrungen, die sie in der Arbeitswelt machen, denn berufliches Handeln ist oft politisch oder weist politische Implikationen auf:

Wir konstatieren, dass berufliches Handeln im Rahmen gesetzlicher Vorgaben stattfindet, die Ausdruck politischer Steuerung und gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse sind und nehmen die Arbeitswelt als einen Ort politischen Handelns wahr.

Gesellschaftliche Normen und Werte wirken aber auch auf die Ethik des beruflichen Handelns ein. In jüngster Zeit hat z.B. das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) über „Whistleblower“ – Personen, die Missstände in der Arbeitswelt öffentlich aufdecken – eine kontroverse Debatte entfacht. Darf bzw. muss eine Arbeitnehmerin bzw. ein Arbeitnehmer Missstände im Betrieb zur Anzeige bringen oder in Medien öffentlich thematisieren?

Die wissenschaftliche und gesellschaftliche Auseinandersetzung über die politische Dimension beruflichen Handelns wird seit den 1970er Jahren mit unterschiedlicher Intensität geführt. Die Lernfelddidaktik, 1996 von der Kultusministerkonferenz eingeleitet, aber bis heute noch nicht konsequent umgesetzt, eröffnet nun den Raum, die politisch-gesellschaftliche Reflexion systematisch in den berufsbildenden Unterricht zu integrieren.

Der vorliegende TuM-Band „Auch das Berufliche ist politisch“ bietet Unterrichts Anregungen unterschiedlichster Niveaustufen und wendet sich an Lehrkräfte aller Berufschulformen. Er soll Lehrkräfte, auch dann, wenn sie gezwungen sind, ihren Unterricht „fachfremd“ zu gestalten, bei der Umsetzung von lernfeldorientiertem Unterricht unterstützen.

Thomas Krüger
Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung